

# Sächsischer Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 3486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingefandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß des Annahmestills 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsektoralen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 99

Sonnabend, 30. April

1921

## Die amtlichen Jahresberichte über Gewerbeaufsicht.

(N.) Die amtliche Ausgabe der Jahresberichte der Sächsischen Gewerbe- und Aufsichtsberechtigten der Gewerbeaufsicht für 1920 ist im Druck und wird Ende dieses Monats erscheinen. Bestellungen nimmt die Firma Buchdruckerei und Verlag F. Zimmrich (H. Schröder) in Dresden, Johannisstraße 24, entgegen. Der Preis für das gebundene Werk mit etwa 55 M., für das broschurierte etwa 52 M., ohne die Kosten für Verpackung und Übersendung, betragen. In den Jahresberichten sind außer den seit reichlich einem Jahrzehnt üblichen Fragen hauptsächlich folgende Sonderfragen besprochen: Die Durchführung der Bestimmungen über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter, die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, die Bestimmungen über Tarifverträge, Arbeiterauschüsse usw., ferner die Frage der vorvertraglichen Wiederherstellung des Zustandes der Betriebsräume, Betriebsleistungen, Maschinen und Gerätschaften; außerdem die Schaffung ausreichender Arbeiterwohnungen sowie die Unterbringung von Kriegsverwundeten u. a. m.

## Unzulässige Geldsammlung.

(N.) Das Ministerium des Innern hat der Reichsvereinigung Heimatkassen (Sitz Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 53, I) die Werbetätigkeit und die Sammlung von Geldbeiträgen in Sachsen untersagt. Die Vereinigung benutzt unbefugt den Namen „Heimatkasse“, und ihre Tätigkeit stellt nur eine Umgehung des an den Heimatskassenbesitzenden Reichsvereins unter anderem Namen dar. Die Bezeichnung Reichsvereinigung Heimatkassen ist geeignet, den Glauben zu erwecken, als ob der sächsische oder der badische Heimatskassenverband in dieser Reichsvereinigung aufgenommen worden seien, während beide der Reichsvereinigung die Führung des Namens unterliegt haben. Maßnahmen über eine verbotswürdige Werbetätigkeit würden der zuständigen Polizeibehörde zur weiteren Verfolgung mitzuteilen sein.

## Der Eindruck der deutschen Note in London.

London, 28. April. Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es: Der erste Eindruck, den die deutsche Note Dienstag nachmittags in London gemacht habe, sei ein günstiger gewesen. Eine nähere Prüfung der deutschen Vorschläge habe gewisse Zweifel aufkommen lassen und die Unbestimmtheit verschiedener Paragraphen, insbesondere des § 1, sei als nachteilig empfunden, vielleicht sogar als verdächtig angesehen worden. Deshalb sei der britische Botschafter in Berlin beauftragt worden, auf eine sofortige Klärung der unklaren Punkte zu dringen. Was dies gelte, sei, könne nur gesagt werden, daß die neuen deutschen Vorschläge in jedem Falle einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisherigen darstellen und zum Teil nicht verworfen werden können. Es befreie zugleich die Meinung, die französischen Ansichten über das deutsche Angebot mehr durch Gefühl als durch praktische Erwägungen beeinflusst anzusehen. Die in dem Leitartikel des Blattes zum Ausdruck gebrachte Ansicht geht dahin, daß die deutschen Vorschläge in ihrer augenblicklichen Form unannehmbar seien. — „Daily Chronicle“ schreibt: Das neue deutsche Angebot werde zweifellos von den Verbündeten sorgfältig erwogen werden. Diese müssen zunächst feststellen, was verschiedene Zerkleinerungen bedeuten. Für eine Annahme in jetziger Form besteht jedoch keine Aussicht. Das Blatt sagt ferner, daß das deutsche Angebot sei an Bedingungen geknüpft und werde davon abhängig gemacht, daß das System der Sanktionen aufhört, daß die augenblickliche Grundlage der deutschen Produktion nicht vermindert und der deutsche Handel von unannehmlichen Beschränkungen befreit werde. Die erste Bedingung brauche keine Schwierigkeiten zu berechnen, wenn mit den Zwangsmaßnahmen, auf die Bezug genommen werde, nur die vor kurzem angelegten und nicht die früheren im Rahmenvertrag angelegten Zwangsmaßnahmen gemeint seien. Die zweite Bedingung bedeute jedoch, daß die Deutschen ganz Oberflächlich be-

## Die Entschädigungssumme.

### Frankreichs Anteil.

Paris, 29. April. Der „Petit Parisien“ berechnet, daß auf Grund des Verteilungsmittels, das die Verbündeten untereinander verabredet haben, von den 132 Milliarden Goldmark, welche die Reparationskommission als die Verpflichtung Deutschlands festgesetzt hat, Frankreich 66 640 000 000 Goldmark zufallen. In Papiermarken ausgedrückt erhält also Frankreich 226 512 000 000 Franken.

### Der Schadenertrag für Polen nicht einbezogen.

Paris, 29. April. Die Note über den Betrag der Schulden, zu deren Ertrag Deutschland verpflichtet ist, enthält einen Paragraphen, der ausführt, daß in den 132 Milliarden Goldmark die Summe nicht mit einbezogen sei, die Polen in seiner Eigenschaft als ehemaliger Bestandteil des russischen Reiches zu verlangen hat.

### „Die Rettung für Deutschland“.

London, 29. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Rettung für Deutschland liegt nur darin, daß es zur morgigen Sitzung des Obersten Rates unmittelbar nach London ein neues aufschlüssendes und haltendes Angebot schickt, das angestrebt die Abkündigungsergebnisse umschließt. Wenn die dritte Bedingung sich auf Spa (Kohlen) beziehe und auf den Schatz der verbündeten Schlüsselindustrie oder auf irgendwelche wichtige Bedingungen des Versailler Friedensvertrages, siehe auch dieses außer Frage. Außerdem erziele der von Deutschland angenommene Betrag zu nichtig im Verhältnis zu der Summe, auf welche die Verbündeten ihre eigenen Vorschläge herabzusetzen bereit wären. Endlich erwähne die deutsche Note nicht die Entlohnung und die Verteilung der Kriegsverwundeten.

London, 29. April. Das amerikanische Bureau meldet: Während sein Grund für die Auffassung besteht, daß die deutschen Vorschläge hier günstiger angenommen worden seien als in Frankreich, so wird doch heute abend festgestellt, daß die englische Regierung sie noch nicht endgültig abgelehnt hat. Die Antwort von Berlin auf das Ersuchen um genauere Informationen und Feststellungen hat bisher noch keine deutlichen und zufriedenstellenden Aufklärungen gebracht. Die Aussicht auf ein Abkommen auf der Grundlage der nach Washington getriebenen Vorschläge wird keineswegs als günstig angesehen.

London, 29. April. Das amerikanische Bureau erzählt auf eine Anfrage in maßgebenden britischen Kreisen, daß die Auffassung, die insolge britischer Klärung bezüglich der deutschen Note an die Vereinigten Staaten von Amerika gegeben wurde, einen sehr schlichten Eindruck hervorgerufen habe. Aufmerksam sei die deutsche Regierung diese Vorschläge nur als Anregungen an. Diese Tatsache könne wahrscheinlich in gewissem Umfang ihre Unklarheiten erklären. Bisher liege keine Mitteilung bezüglich des Rücklaufes vor, während die Annahmen, in denen Deutschland zu zahlen gewillt sei, sich auf 70 oder 80 Jahre zu erstrecken schienen. Die unzufriedenartige Natur der Antwort in einem so wichtigen Punkte habe notwendigerweise mangelnde Aufklärung zu zahlreichen unangenehmen Bemerkungen Veranlassung gegeben. Es werde zugeredet, daß gewisse Klauseln des neuen Angebots in der Frage der Wiederherstellung Frankreichs oder die Bereitwilligkeit, die alliierten Schulden zu übernehmen, einen gewissen Fortschritt gegen die früheren deutschen Angebote darstellten. Solange die deutschen Vorschläge mit Bezug auf diese Teile unklar blieben, sei es äußerst unwahrscheinlich, daß sie als Grundlage einer Erörterung angesehen werden könnten. Nach britischer Ansicht sei es zweifelhaft, ob es denn, daß irgendein amerikanischer Vorschlag in verhältnismäßig kurzer Zeit unterbreitet werde, daß irgendeine befriedigende Entlohnung er-

reichendbares Angebot schickt, das eine klarere Stellung und Ergänzung der in Washington unterbreiteten Vorschläge bedeutet. Das Washingtoner Angebot wird von verschiedenen amtlichen Kreisen als ein Fortschritt gegenüber den früheren deutschen Vorschlägen angesehen, da sich Deutschland darin bereit erklärt, die Entscheidung einer internationalen Konferenz oder der amerikanischen Regierung anzunehmen. — „Daily Telegraph“ meldet aus New York: In Amerika sei man allgemein der Ansicht, daß es schwer gelingen werde, Deutschland zu bezaubern, sein Reparationsangebot in einem für die Verbündeten befriedigenden Sinne abzuändern.

### Lloyd George und die deutschen Vorschläge.

London, 28. April. Im Unterhause erklärte Lord George, er bedaure sehr, daß die deutschen Reparationsvorschläge durchaus nicht zufriedenstellend seien. Sie würden gegenwärtig mit den anderen Vorschlägen zugleich von den Finanzverhandlungen aller Verbündeten sehr sorgfältig geprüft. Zur Frage der Befreiung des Ruhrgebietes sagte Lloyd George, er zweifle daran, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag fallen könne.

Was die Wirkung der Ereignisse der letzten Tage auf das bevorstehende Zusammenreffen des Obersten Rates betrifft, so werde daraus hingewiesen, daß angesehene Kreise in London, daß die Verbündeten keine offizielle Angabe weder von Deutschland noch von den Vereinigten Staaten von Amerika begeben, es sehr unwahrscheinlich sei, daß sie überhaupt im Rate der Verbündeten erörtert würden. Seine Aufgabe werde es nur sein, zu entscheiden, welche Aktion im Hinblick auf die Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen getroffen werden sollte.

### Abreise Briands nach London.

Paris, 29. April. Der Ministerpräsident Briand wird heute mittags nach London abreisen. Der Generalkonsul Philipp Berthelot, Marschall Hoch und General Weigand begleiten ihn.

### Parade der amerikanischen atlantischen Flotte.

London, 29. April. Aus Old Point Comfort in Virginia wird vom 28. April gemeldet: Präsident Harding hielt eine Parade der amerikanischen atlantischen Flotte von seiner Präsidentenmacht aus ab. Darauf begab er sich auf das Schlachtschiff „Pennsylvania“ und hielt eine Ansprache an die Mannschaften, in der er erklärte, er hoffe, daß niemals wieder im Ernstfall der Befehl ergehen werde, daß Schiffe feuern. Wenn alle Regierungen wie die der Vereinigten Staaten wären, dann würde dauernder Frieden herrschen. Amerika wolle keine Gebiete und keine Tribute. Amerika wolle nur das, was ihm rechtlich zustehe.

### Ablehnung Amerikas?

Basel, 28. April. Nach einem Washingtoner Telegramm des „Corriere della Sera“ habe man allen Grund zu glauben, daß die Vereinigten Staaten der deutschen Regierung mitteilen werden, daß ihre Vorschläge nicht bereit seien, daß sich ihre Übermittlung an die Alliierten durch die amerikanische Regierung beschleunigen würde. Eine Erneuerung der Sanktionen scheine deshalb ausgeschlossen.

## Frankreichs wahre Absichten.

Man mag über den Entschluß der Regierung, sich mit einem Ersuchen um Vermittlung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu wenden, denken wie man will, so viel muß jedem klar sein, daß das neue deutsche Angebot, das nach der Auffassung zahlreicher Sachverständiger die deutsche Leistungsfähigkeit bereits überschreitet, nicht nur ein Beweis des guten Willens Deutschlands ist, sondern zugleich auch als Prüflin für den guten Willen unserer Vertragspartner zu gelten hat. Daß Deutschland die beste Absicht hat, das Reparationsproblem endlich einmal zu lösen, hat es bei wiederholten Gelegenheiten bewiesen, dagegen fehlt es noch immer an dem einwandfreien Nachweis, daß es den verbündeten Mächten, insbesondere Frankreich, wirklich auf nichts anderes ankommt, als auf die angebliche Wiederermittlung der durch den Krieg erlittenen Schäden.

Die Aufgereiztheit der Pariser Presse über den deutschen Schritt in Washington sowie die Spannung, mit der man in Paris dem weiteren Verhalten des Präsidenten Harding entgegenfiehet, sind eine Bestätigung für die Vermutung, daß die Franzosen eine rasche Lösung der Entschädigungsfrage zwar wünschen, ihre Wichtigkeit aber hinter den Zielen ihrer ungeschickten, schwindeklustigen Politik zurücktreten lassen. Noch ehe die deutschen Vorschläge im Worte vorlagen, hat die Pariser Presse erklärt, daß sie unannehmbar seien; als sie die Wahrnehmung machen mußte, daß der Eindruck der deutschen Note an Harding in den Hauptstädten der anderen Alliierten keineswegs ein ungünstiger sei, befehligte man sich in Paris, dem Publikum zu versichern, daß selbst die besten deutschen Vorschläge nicht taugten, wenn nicht die nötigen Garantien gegeben seien. Mit anderen Worten: Man wolle auf die Befreiung des Ruhrgebietes nicht verzichten, selbst wenn die neuen deutschen Vorschläge eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen den Parteien boten.

Die Antwort aus Washington liegt zur Stunde noch nicht vor, aber die Verzögerung ihres Eintreffens dürfte kaum bedeuten, daß man in Amerika das deutsche Angebot für unerbäulich hält. Präsident Harding muß in ihnen mindestens einen verhandlungswürdigen Kern gefunden haben, da er sonst sich kaum veranlaßt gesehen hätte, die deutschen Vorschläge, wenn auch inoffiziell, an die Verbündeten weiterzugeben. Die Diplomatie Frankreichs ist natürlich eifrig am Werke, um möglichst zu verhindern, daß sich Harding demüßigt fühlt, das deutsche Angebot an die Verbündeten offiziell weiterzugeben. Ob ihnen dieses Spiel glücken wird, muß in diesem Augenblick dahingestellt bleiben, denn wenn auch der Verband bisher seinen ganzen Propagandaapparat aufgebieten hat, um Deutschlands wahre Absichten zu enttarnen, so wird man sich in Paris kaum getrauen dürfen, dem vernünftigen Sinn, der im Weißen Hause zu Washington herrscht, mit derartigen Zumutungen zu kommen. Leichten Herzens wird also Frankreich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf seinen Plan, das Ruhrgebiet zu besetzen, verzichten wollen, und es wird allerhand Schwierigkeiten zu machen versuchen, um die Vermittlungsfunktion Amerikas zum Scheitern zu bringen und sich damit das Recht zu sichern, selbständig gegen Deutschland vorzugehen.

Allerdings wird man der französischen Regierung, wenn sie durch einen gewaltsamen Zugriff auf Deutschlands Industriegebiet sich die Summen zu verschaffen suchen sollte, die sie angeblich auf gütlichem Wege von Deutschland nicht erhalten kann, ihr auch in Washington entgegenhalten, daß derartige Hoffnungen in dem Maße trügerisch sind, daß man kaum Veranlassung hat, an die vorgeschobene Absicht Frankreichs zu glauben. Präsident Harding aber hat in seinen bisherigen Äußerungen so deutlich seine Abneigung gegen jede imperialistische Politik und seinen entschiedenen Willen, bei der Befriedung Europas nicht beiseite zu stehen, kundgegeben, daß er die ganze Bankrottlosigkeit seines Amisvoorgebers besinnen müßte, wenn er sich von den Herren Briand und Millerand über ihre wahren Absichten täuschen lassen sollte. Bei der Neutralen jedenfalls sieht man heute bereits ganz klar. Man labelt dort zwar die Politik der deutschen Regierung, die erst ihre ursprünglichen Angebote nicht mehr abtrotzen zu können vor-